

Danziger Zeitung.

M 12851.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstraße Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insertate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 P. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Juni. Auf die Bemerkung der „Germania“, daß der Personenumschlag im Cultusministerium eine fruchtbare Gelegenheit gebe, die Schwierigkeiten zu lösen, antwortet heute die „Nord. Allg. Ztg.“, der Moment sei keineswegs günstig dazu. Dr. v. Gofler sei deshalb gewählt, weil er das Ministerium ganz in dem Sinne v. Puttkamers leiten werde. Der Reichskanzler habe sich seit dem Juligesetz nicht mit dem Cultuskampf beschäftigt sondern denselben dem Cultusminister überlassen. Er werde dies auch ferner thun, besonders weil sich jeder Versöhnungsversuch gegenüber der Coalition der Liberalen und des Centrums befindet. — Die Nachricht von Ernennungen v. Schleißmann's, v. Wolff's, Tiedemann's und Lohmann's ist nach der „Nord. Allg. Ztg.“ unbegründet. Zwei dieser Ernennungen seien niemals beabsichtigt worden und zwei befänden sich noch im Stadium vorberathender Befreiung.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Ems, 22. Juni. Zum Besuch des Kaisers trafen gestern Mittag der Großherzog und die Großherzogin, sowie die Prinzessin Victoria von Baden nebst Gefolge hier ein und wurden vom Kaiser und dem Könige von Schweden am Bahnhofe empfangen. Die badischen Herrschaften stellten alsbald dem Könige von Schweden im Hotel zu den 4 Thürmen einen Besuch ab, nahmen dann mit dem König von Schweden beim Kaiser das Mittagsmahl ein und traten um 4 Uhr die Rückreise an. Nach dem Diner erschien der Wirkl. Geh. Legationsrat v. Bülow bei dem Kaiser zum Vortrag.

Wien, 22. Juni. Der „Polit. Corresp.“ zufolge hat die bulgarische Regierung in der Frage betreffend die durch den Berliner Vertrag stipulierte Leistung einer Zinsgarantie für die Varna Railway Company darin gewilligt, sich der Entscheidung der Botschafter in Konstantinopel zu unterwerfen.

Marsfield, 22. Juni. Die Zustände in der Stadt waren bis Mitternacht im Ganzen befriedigend. Truppen hielten besetzt und überwachten noch die Hauptpunkte der Stadt. In der gestern Abend stattgehabten Versammlung der Syndicatskammern waren 64 Delegirte anwesend. Dieselben verfaßten eine Proklamation, in welcher Drohungen und Gewaltthärtigkeiten gemäßigt werden und erklärt wird, daß die Urheber der Unruhen keiner Corporation angehörten. Es wird ferner eine Unterfuehrung verlangt und werden die Arbeiter aufgerufen, ruhig zu bleiben.

Petersburg, 22. Juni. Der „Regierungsbote“ meldet: Durch einen kaiserlichen Utaß wird die Aufhebung des Anfang März 1864 gegründeten Comités in Sachen des Königreichs Polen angeordnet. Die Acten des Comites sollen dem Minister Comité übergeben und die Beamten des aufgehobenen Comites zur Kanzlei des Minister Comites zugezählt werden.

Bukarest, 22. Juni. In der Deputirtenkammer verlangte Ioncicu eine parlamentarische Enquete über die Thatachen, welche seiner Zeit gegen den General Slanciano im Senate das Tabelsvotum veranlaßt hätten. Rosetti erwiderte, der ehemalige Kriegsminister Slanciano habe bereits ein diesbezügliches Gesuch an den Ministerrat gerichtet. Die Enquete-Commission wäre vom Senate zu wählen, in dessen Schoße der erwähnte Zwischenfall stattgefunden habe. Die Kammer wählte hierauf mit 61 gegen 1 Stimme Demeter Bratiano zu ihrem Präsidenten. 7 Deputirte enthielten sich der Abstimmung.

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. Juni.

Das Programm, mit dem der Minister des Innern, Herr v. Puttkamer, die Leitung der Geschäfte übernommen hat, bedarf nicht erl. der Entschließung, es ist bereits dem preußischen Landtag offiziell in Form der Instruction mitgetheilt worden, welche in der Sitzung des Herrenhauses vom 20. Februar d. J. der Geh. Reg.-Rath Rommel im Auftrage des Reichskanzlers bei der Berathung des Gesetzentwurfs über die Zuständigkeit der Staats- und Selbstverwaltungsbehörden verlesen hat. Die Erklärung des Reichskanzlers war gegen die §§ 17 und 142 des Gesetzentwurfs gerichtet. Beide Artikel, sagte Fürst Bismarck, enthalten in der gegenwärtigen Fassung die Bestimmung, daß die staatliche Aufsicht durch Organe geübt werden soll, welche keine Staatsbehörden sind und keine werden können, ohne für die Selbstverwaltung die Bedeutung zu verlieren, welche gerade ihre Unabhängigkeit von Weisungen der Staatsbehörden ihnen verleiht. Die Antwort auf diese Forderung hatte der damalige Minister des Innern, Graf zu Eulenburg schon in einer der Erklärung des Geh. Rath Rommel vorhergegangenen Rede gegeben, welche mit den Worten schloß: „Wenn Sie (Kleist-Nehow u. Gen.) so große Bevölkerung haben, Organen der Selbstverwaltung überhaupt Theile der Staatsfunktionen zu übertragen, dann sollten Sie die Selbstverwaltung nicht weiter einführen wollen, sondern sie aufzugeben, als ein überwundenes, nicht haltbares Prinzip.“ Damit war der Rücktritt des Ministers unvermeidlich geworden.

Herr v. Puttkamer wird die Aufgabe zu lösen haben, die Selbstverwaltung, wie er oben vielmehr der Reichskanzler sie versteht, zu erhalten oder weiter auszudehnen, ohne die Selbstverwaltung ihrer eigentlichen Bedeutung zu beraubten. Der Minister hat sich ohne Zweifel schon während der Monate, in denen er provisorisch die Leitung des Ministeriums den Innenführte, mit der Frage beschäftigt, wie dieses Räthsel gelöst werden könne, da er, wie bereits gestern mitgetheilt, schon jetzt unmittelbar nach definitive Übernahme des Ministeriums die Absicht

ankündigt, die Provinziallandtage nicht nur der neuen Provinzen, sondern auch der östlichen Provinzen, in denen die Kreisordnung von 1872 eingeführt ist, zu Hilfe zu rufen, um von ihnen zu erfahren, inwieweit die bestehende Gesetzgebung der Revision bedarf. Die nächsten Sessionen der Provinziallandtage werden also ausnahmsweise eine allgemeine Bedeutung haben. Besondere Hoffnungen oder lebhafte Befürchtungen aber wird man an dieselben nicht knüpfen. Es ist auf diesem Gebiete durch die bestehende Gesetzgebung dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Die Beschlusssatzung des Bundesraths über das Unfallversicherungsgesetz wird voraussichtlich schon morgen erfolgen. Dem Anschein nach ist der vom Reichstag beschlossene Gesetzentwurf nur deshalb so spät auf die Tagesordnung des Bundesraths gekommen, um den Bundesregierungen Zeit zu lassen, ihren Bevollmächtigten die für eine Beschlusssatzung erforderlichen Instructionen zu übermitteln. Falls diese eingetroffen sind, steht schon morgen eine Entscheidung nichts im Wege. Wie dieselbe aussfallen wird, könnte nach der heutigen Ausschaffung der „Prov. Corresp.“ nicht mehr zweifelhaft sein, wenn dieselbe nicht gleichzeitig auf die Möglichkeit hinweise, daß der Bundesrat das Gesetz „in Hoffnung auf spätere Ergänzungen“ annahmbar finde. Wird das jetzt von dem Reichstag beschlossene Gesetz publicirt und dadurch der Arbeiter mit $\frac{1}{3}$ der Versicherungsprämie belastet, so ließe sich ja nachher in der Arbeiterbewohlung eine Agitation behufs Befreiung von dieser Zahlungspflicht eben so gut in Scène setzen, wie das nach der Erklärung des Ministers v. Bötticher dann seitens der Unternehmer hätte geschehen sollen, wenn der Reichstag den Hellendorff'schen Compromiß angenommen und die ganze Prämienlast dem Unternehmer auferlegt hätte. Wenn der Reichskanzler trotz dieser Erwägung auf der Ablehnung des Reichstagsbeschlusses besteht, so wird man darin das Eingeständniß sehen, daß er der Belastung der Arbeiter durch die verhältnismäßig sehr geringe Prämienzahlung eine erhebliche agitatorische Kraft nicht zuschreibt. Das Gesetz würde ja ohnehin nur nach einer längeren Vorbereitungsfrist in Kraft treten können, und also vor der Hand, d. h. für die nächsten Wahlen, eine praktische Wirkung nicht anstreben. Jedenfalls wäre mit der Annahme des Gesetzes die Frage des Staatszususses für die nächsten Jahre beantwortet, und würde der, wenn auch nur provisorische Bericht auf denselben ein Präjudiz schaffen, welches dem Reichskanzler bei seinen weiteren sozialpolitischen Plänen schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Der Reichskanzler wird demnach wohl vorziehen, bei dem nächsten Reichstage sein Glück noch einmal zu versuchen.

Die Verordnung wegen des deutschen Volkswirtschaftsraths ist bekanntlich im Bundesrat bereits genehmigt gewesen, als die Einstellung eines Postens für die Zahlung von Diäten an die Mitglieder in den Reichshaushaltsetat vom Reichstag abgelehnt wurde. Es schwelen jetzt unter den Regierungen Verhandlungen darüber, welche bezeichnen, den einzelnen Bundesstaaten, welche Vertreter in den Volkswirtschaftsrath senden, selbst Diäten zu zahlen. Für die preußischen Mitglieder sind die Mittel dazu bekanntlich bereits bewilligt. Aus den Dispositionsfonds des Reiches sollen diese Mittel keinenfalls entnommen werden. Hier nach scheint eine allerdings früher ausgesprochene und ventilierte Absicht entgegengesetzter Richtung jetzt aufzugeben zu sein.

Nach Mittheilungen, welche der „Allg. Corr.“ aus Irland zugehen, hat die dort infolge der entschlosseneren Haltung der Regierung eingetretene Besserung der Zustände Fortschritte gemacht. Hier und da werden zwar noch immer Ausbreitungen verschiedener Art verübt, allein Ruhestörungen und Widerseigkeiten gegen die Behörden kommen jetzt nur selten vor. Die Macht der Landlige scheint gebrochen zu sein und allenfalls, wo die lokalen Despoten hinter Schloß und Riegel gebracht worden sind, macht sich ein gefügiger und duldsamer Geist unter der Bevölkerung bemerklich. Von einem „Strike“ gegen die Zahlung von Pachtgeldern ist nicht länger die Rede, und die Gerichtswohlgerichte können ihres Amtes walten ohne auf Widerstand und Misshandlungen zu stoßen.

Die Ruhe in Marsfield ist bisher nicht weiter gefördert worden. Die Ausschreitungen scheinen nach den bisherigen Ermittlungen von den schlimmsten Elementen der dortigen Bevölkerung ausgegangen zu sein, denen gegenüber sich dann die Italiener zu bedauerlichen Nachlässen haben hinreissen lassen.

In Folge der Marsfield-Vorgänge haben nun auch in einigen italienischen Städten ernsthafte Demonstrationen gegen die Franzosen stattgefunden. In der Deputirtenkammer in Rom wurden gestern in Bezug darauf verschiedene Anfragen an die Regierung gestellt. Der Ministerpräsident Depretis erwies sich, daß den Demonstrationen mit gesetzlichen Mitteln begegnet werden sei. Ein ernster Fall, durch welchen die französischen Beziehungen zwischen Italien und Frankreich gefährdet werden könnten, sei nicht vorgekommen. Er behalte sich die Beurtheilung des Vorgehens der Behörden vor, bis ihm Details vorliegen würden, halte jedoch das Verhalten der Behörden für anerkennenswerth. Ein Beweis hierfür sei ein Schreiben des französischen Consuls in Neapel an den dortigen Präfekten,

in welchem Ersterer für die Unterdrückung der Demonstration und die Verhinderung jeder Unordnung, bei welcher das Consulat hätte verletzt werden können, seinen Dank ausgesprochen habe. Das Ministerium habe die Präfekten angewiesen, alle Demonstrationen hintanzuhalten, welche die guten Beziehungen Italiens zu den auswärtigen Mächten compromittieren könnten. Das Ministerium werde unerbittlich gegen Ledermann sein, der die öffentliche Ordnung stört.

Im rumänischen Senate theilte gestern Joan Bratișca, in der Kammer der Deputirten Rosetti die Zusammenfügung des neuen Cabinets mit, indem sie erklärten, das Ministerium sei hinlänglich bekannt und es bedürfe daher der Vorlegung eines Programms nicht. Die Homogenität des Cabinets verbürgte die Fortsetzung des begonnenen Werkes.

Auf der Balkanhalbinsel bereiten sich allem Anschein nach Dinge vor, welche Europa's Aufmerksamkeit in höherem Grade in Anspruch nehmen werden. In diesen Tagen soll die Übergabe der bisher türkischen Grenzbezirke beginnen, welche in Konstantinopel am 24. Mai abgeschlossene Convention Griechenland zuspricht. Vierzehn Tage nach dem Austausch der Nominierungen, also gestern, sollten sich die Delegirten der Mächte in Konstantinopel versammeln, ihr Programm entwerfen und sich an Ort und Stelle begeben, um die Vermittelung zwischen beiden Theilen zu übernehmen. Zunächst, heißt es, würden sie nach der Insel Leukada (Sta. Maura) gehen, um die Übergabe des nahe gelegenen südlichen Theiles von Epirus zu überwachen. Das abzutretende Gebiet ist nämlich zur Erleichterung des Besitzwechsels in sechs Sectionen getheilt, deren Räumung durch die türkischen Truppen nach einander erfolgen soll. Die erste Section umfaßt das zwischen dem Artasflusse und dem Aspropotamo gelegene Gebiet, das bis zum 5. Juli von den Türken geräumt sein soll. Die Übergabe soll also im Westen beginnen und allmählich nach Osten vorschreiten. Die fünf ersten Sectionen sollen bis zum 14. September, die letzte (Volo) bis zum 14. November übergeben sein. Seitens der Mächte sind natürlich alle Vorsichtsmaßregeln in Aussicht genommen, welche die Übergabe auf friedliche Weise sichern und Blutvergießen ersparen sollen. Dennoch hofft man Befürchtungen, er Wechsel soll nicht in Ruhe vollziehen, nach den Regeln des Islam sollen bestenfalls die Mächte, die sie einmal innegehabt

en, ohne Kampf umzugeben; auch die Occupation Bosniens durch Österreich und selbst die Abtreitung des kleinen Dulcigno an Montenegro sind ja nicht ohne Blutvergießen erfolgt. Die türkische und albanische Bevölkerung in den Grenzprovinzen soll sich an vielen Orten auf den Widerstand vorbereiten, und die türkische Regierung soll diesen Widerstand u. A. dadurch unterstützen, daß sie eine große Anzahl albanischer Rebis in die Heimat entlassen hat, welche für den Widerstand einen festen Kern abgeben sollen. Besonders in den Gebirgsgegenden werden die Griechen es wohl schwierig finden, sich in den Besitz der ihnen zugesprochenen Gebiete zu setzen. Die griechische Regierung hat darum auch im Thale des Aspropotamo jachs Bataillone Infanterie mit Geschütz und Cavallerie concentrirt, welche in den nächsten Tagen von den nördlich vom Golf von Arta gelegenen Gebieten Besitz ergreifen sollen.

Eine bebenlike Nachricht läßt sich die „N. fr. Pr.“ aus Prevesa melden. Nach Art. 2 der Convention sollen die Befestigungen von Prevesa und von Punta, welche beide zusammen den Schiffen den Eingang in den Golf von Arta sperren, nach der Übergabe am Montenegro sind ja nicht ohne Blutvergießen erfolgt. Die türkische und albanische Bevölkerung in den Grenzprovinzen soll sich an vielen Orten auf den Widerstand vorbereiten, und die türkische Regierung soll diesen Widerstand, das sie einmal innegehabt

en, ohne Kampf umzugeben; auch die Occupation

Ergebnis-Adressen an den Fürsten auf dem Wege der Prigel- und Gefängnisstrafen erzielt hat. Wie nun bereits gemeldet ist, sind die beiden früheren Ministerpräsidenten Bantow und Karawelow, welche zugleich die Führer der Opposition sind, wie auch der Minister Slawekow und der Präsident der Kammer Sulnarow wegen angeblicher Bekleidung des Fürsten in Untersuchungshaft gezogen. — Man wird darnach nicht zweifeln dürfen, daß die Wahlen nach dem Wunsche des constitutionellen bulgarischen Mußerfürsten Alexander ausfallen werden. Darnach kann man aber auch mit Sicherheit behaupten, daß die Herrlichkeit derselben nicht lange dauern und daß er eine neue Dynastie der Battenberger schwerlich begründen wird.

Deutschland.

Berlin, 22. Juni. Die Übereinkunft wegen des Zollanschlusses von Hamburg ist am 25. Mai, wie erinnerlich, von den Hamburgischen Bevollmächtigten unter Vorbehalt der Zustimmung des Senats unterzeichnet worden, da der Senat verfassungsmäßig nicht in der Lage war, eine bindende Erklärung ohne Zustimmung der Hamburgischen Bürgerschaft abzugeben. Nachdem diese am 15. d. M. erfolgt ist, hat der Senat die vorbehaltende Zustimmung erhebt und ist die Übereinkunft nunmehr dem Bundesrat zur Beschlusssatzung vorgelegt worden. Die Berathung derselben wird voraussichtlich wenig Zeit in Anspruch nehmen, und der Senat wird dann nach der getroffenen Vereinbarung auf Grund des Art. 34 der Reichsverfassung den Antrag an den Bundesrat richten, nach Maßgabe des nunmehr hergestellten Einverständnisses über die Mobalitäten des Anschlusses von Hamburg an das Zollgebiet zu beschließen. Alle weiteren Schritte werden dann ausgeführt bleiben müssen, bis der Reichstag sich über die Kostenfrage schließlich gemacht hat. — Von offizieller Seite wird eine Veröffentlichung des neuen Ministers v. Puttkamer über die Grundsätze in Aussicht gestellt, welche bei der Revision der Selbstverwaltungsgesetze Anwendung finden, und wie es scheint, den Provinziallandtagen zur Beugachtung vorgelegt werden sollen. Wenn wir nicht so nahe vor den Wahlen ständen, könnte man sich darüber freuen, daß Herr v. Puttkamer in dieser Frage den Weg der Offenlichkeit beschreiten will.

Berlin, 22. Juni. Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Haftung der Brandversicherungsgelder für die Ansprüche bevorrechteter Gläubiger unter dem Datum des 20. d. M. zugegangen. Es ist die erste Sache, welche die Unterschrift trägt: „Der Stellvertreter des Reichskanzlers, v. Bötticher.“ Der Entwurf selbst umfaßt 6 Paragraphen, er ist von dem Landesausschuß in Vorschlag gebracht und bezieht in erster Linie in die in Elsaß-Lothringen befindende Gesetzgebung im Interesse des Realcredits den Grundsatz einzuführen, daß im Falle des Brandes eines Gebäudes die Versicherungsgelder den Realgläubigern dinglich verhaftet sind. Der Entwurf hat in der Justizcommission des Landesausschusses eine erweiterte Bestimmung in dem letzten Paragraphen erhalten, und ist in dieser Fassung dem Landesausschuß angenommen worden. Der Zusatz verfolgt den weiteren Zweck, die Verwendung der Brandversicherungsgelder zum Wiederaufbau, welche zugleich im Interesse der Realgläubiger liegt, sicher zu stellen. — Seit Montag befinden sich die Mitglieder des Bundesrates Dr. v. Liebe, Schmidtson, Generalsteuerdirektor Hasselbach und der Geh. Oberfinanzrat Fähnigen in Hamburg, von wo sie sich gestern zu Untersuchungen über den Anschluß der Unterelbe bez. der projectirten Zolllinie nach Cuxhaven begeben haben. Nach der Rückkehr der Herren nach Berlin werden die Verhandlungen rasch gefördert und zu Ende geführt werden.

* Der Kaiser hat dem in der Ruhetag getretenen bisherigen commandirenden General des 2. (pommerschen) Armeecorps, General der Kavallerie Hann v. Weihern, das Kreuz und den Stern der Großcomthure des hohenzollernschen Hausordens verliehen.

* Welch hohen Begriff man in den höchsten Kreisen Baierns von dem freien Wahlrecht hält, davon liefert ein Erlass des Königs Ludwig betreffs der in Bayern bevorstehenden Landtagswahlen einen deutlichen Beweis. Dieser Erlass schließt mit den Worten:

„Wir befiehlen unseren Regierungen, Kammern des Innern, die Vorschriften des Wahlrechts genau zu vollziehen. Wir erwarten hierbei von allen Behörden

wissenhaft Erfüllung ihrer beschworenen Pflichten, Leitung der Wahlverhandlungen mit rücksichtloser Unbefangenheit, Belehrung der Freiheit der Wahlstimmen über Einschärfung oder Bestechung und pflichtgemäße Enthaltung von jeder Beschränkung der Wahl freiheit.“

Nach dem Lesen eines solchen Erlasses darf man sich die Frage vorlegen, ob wir hier in Preußen den Süddeutschen noch immer zu liberal sind, wie Fürst Bismarck einmal versicherte.

* Die Nachricht, daß die Hofpredigerpartei einen gewissen Einfluß bei der Entscheidung der letzten Ministerfrage ausgeübt habe und daß es sich dabei nicht bloss um eine Purification des Beamtenkörpers, sondern zugleich um die Revision der Gesetzgebung der evangelischen Kirche gehandelt habe, wird offiziös als „vollständig und unbegründet“ bezeichnet.

* In einigen Tagen trifft der Unterstaatssekretär Dr. Busch von seinem sechswöchentlichen Urlaub wieder in Berlin ein und wird die Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernehmen. Graf Limburg-Stirum tritt dann Breslau begeben, und später ein Bad befahren.

* Graf Wilhelm Bismarck ist, wie schon gemeldet, zum ständigen Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei ernannt worden. Der Reichstag hat in seiner letzten Sessie diese mit 6000 M. Gehalt und 900 M. Wohnungsgeldzuschuß dotierte neue Stelle bewilligt. Diese Stabsposition war folgendermaßen motiviert: „Die steigende Zunahme der Geschäfte der Reichs-

Ianlei und die Nothwendigkeit, daß zu jeder Zeit des Jahres und Tages mindestens ein höherer Beamter im Dienste ist, machen es erforderlich, dem vortragenden Ratte einen ständigen Hilfsarbeiter an die Seite zu geben. Um hierfür eine tüchtige und geschulte Kraft gewinnen zu können, empfiehlt es sich, den Maximalos (6000 M.) zur Verfügung zu stellen... In dem Grafen Wilhelm Bismarck (g.b. im August 1852 und seit einigen Jahren Aßessor) ist nun diese tüchtige und geschulte Kraft geworden; derselbe wird übrigens sein Reichstagsmandat für Mühlhausen-Langenaua nie verzögern haben, weil er in eine höhere Gebaßtufe eintreit.

* Für das Wichtlauer, mit dem man jetzt im Cultusministerium den Volkschullehrern begegnet, liefert folgendes wieder einen kleinen Beweis. In einem an die Localschulinspektoren gesuchten Rundschreiben werden diese nach der "M. B." ermächtigt, den ihnen untergeordneten Lehrern den Urlaub zum Besuch der in den Seminarien abzuhaltenden Lehrerconferenzen zu ertheilen; gleichzeitig werden aber die Localschulinspektoren angewiesen, streng darauf zu sehen, daß der verlangte Urlaub wirklich zum Besuch der gedachten Conferenzen und nicht zu anderen Zwecken benutzt wird. Über die Stellung, welche der neue Cultusminister v. Gohler der Volkschule gegenüber einnimmt, herrscht kein Zweifel. Die Lehrer werden an ihm noch einen strengeren obersten Inspector und Vorgesetzten haben als an Herrn v. Buttikamer.

* Das Trunkucht-Gesetz ist befannlich in Reichslage, nachdem es in der Commission mehrfach abgeändert worden, nicht mehr zur Erledigung gelangt. Wie wir hören, wird es einer neuen Prüfung unterzogen werden. Es heißt, daß der Reichskanzler, dessen eigener Initiative die Vorlage dieses Gesetzes entstammt, auf die Erneuerung derselben großen Wert legt.

Bonen, 22. Juni. Der "B. B." zufolge trifft der Justizminister heute hier ein, wird das Oberlandes-, Land- und Amtsgericht inspicieren und sodann zur Inspektion der anderen Land- und Amtsgerichte des Bezirks weiterreisen.

Neuwied, 22. Juni. Bei der heute im hiesigen 2. Coblenzer Wahlbezirk stattgehabten anderweitigen Wahl um Abgeordnetenhaus wurde der Landgerichtsrath Fibry (Centrum) mit 226 Stimmen wieder gewählt. Der Gegencandidat, Gymnasiallehrer Dr. Kraatz (nationalliberal), erhielt 164 Stimmen.

* In Luxemburg haben nach der "Luxemb. B." am 15. d. M. für die verfaßungsmäßig ausgeschiedene Hälfte der Kammer Erfärt-Wahlen stattgefunden, deren Ergebnis ein glänzender Sieg der Clericalen gewesen ist; nur in der Stadt Luxemburg sollen die Liberalen zum Theil wenigstens das Feld wieder behauptet haben. Die Bevölkerung war eine außerordentlich rege; mehr als 1/10 aller Wahlberechtigten scheinen von ihrem Rechte Gebrauch gemacht zu haben. Zu diesem Ergebnisse soll nicht wenig ein jüngst erlassener Hirtenbrief des Bischofs von Luxemburg beigetragen haben, in welchem derselbe dem Beispiele unfeierlichen Vaters und aller Oberhirten der Nachbar-Diocezen folgend, es den Gläubigen zur Gewissenssache macht, ihre Wahlsicht nicht zu verabsäumen. Die "Luxemburger Zeitung" nennt jene Wahlschlacht für den leitenden Minister Baron Blochhausen einen "Tag von Sadowa", hält den Rücktritt des Ministeriums für unvermeidlich und prognostiziert dem Großherzogthum den Beginn einer clericalen Kera nebst allen Schrecknissen eines reactionären Pfaffenregiments.

Österreich-Ungarn.

Wien, 22. Juni. Der Kaiser hat folgende Ergänzung der organischen Bestimmungen für den Generalstab angehoben: An der Spitze des Generalstabes steht ein höherer General mit dem Titel "Chef des Generalstabes". Derselbe ist Chef des Generalstabes für die gesammelte bewaffnete Macht und steht persönlich unter den unmittelbaren Befehlen des Kaisers. Er ist zugleich Hilfsorgan des Kriegsministers und richtet seine Anträge an diesen, ist jedoch auch befugt, über wichtige in das Resort des Generalstabs gehörige Angelegenheiten durch den Kriegsminister an den Kaiser Vorträge zu erstatten und Anträge zu stellen. (W. T.)

Bpest, 21. Juni. Der Finanzminister hat die mit der Einlösung des Julicups der 6 proc. ungar. Goldrente betrauten Geldinstitute des Inlandes und des Auslandes angewiesen, 1 Pfd. Sterl. entsprechend dem Berliner Course, in Wien, Pest und dem ganzen deutschen Reiche mit 20, 48 1/2 M. und in Paris, dem dortigen Londoner Course entsprechend, mit 25 1/4 Frs. in Gold zu berechnen.

England.

London, 21. Juni. Oberhaus. Auf eine Anfrage Lord Camperdown's erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, der Vertreter Englands in Sophia-Lakselles, genieße das Vertrauen der beiden sich gegenüberstehenden Parteien und habe stets versöhnliche Rathschläge gegeben. Obwohl er die Gewalt verhorresse, glaube er doch, daß die Verfaßung einer Revision bedürfe. Er sei der Ansicht, Bulgarien solle so viel wie möglich sich selbst überlassen bleiben, es sei indessen im Interesse der Gerechtigkeit gegen gewisse Minoritäten nothwendig, daß England und die übrigen Mächte eine gewisse Pression auf Bulgarien ausüben. Die Regierung sei von der Proclamation des Fürsten überrascht gewesen. Bei den bevorstehenden Wahlen könnten der Fürst und das Volk urtheilen, ob eine Wiederbelebung der Verfaßung möglich sei. Europa habe ein Recht von dem Fürsten eine Politik der Pläßigung zu erwarten, die hoffentlich zu einem befriedigenden Compromiß führen werde. Über einige Schritte habe die Regierung noch keine volle Aufklärung, es sei aber klar, daß, bevor der Fürst einen endgültigen Schritt thue, der das Land in Anarchie und Verwirrungen mit den mächtigen Nachbarn stürzen könnte, er alles versuchen müsse, um zu einem befriedigenden Arrangement mit der Nationalversammlung zu kommen. Andererseits scheine es thöricht, seitens der erst jüngst emanzipirten und meist unwilligen Bevölkerung, nicht zu versuchen, ein friedliches Arrangement herbeizuführen und nicht in Reformen zu willigen, welche, während sie die Freiheit nicht opfern, zugleich allen Klassen Gerechtigkeit sichern. — Im Laufe einer längeren Debatte über die tunische Frage erklärte Lord Granville, es sei ihm nicht bekannt, daß der Vertreter Englands in Tunis das Recht des Zutritts zum Bey habe; wenn derselbe aber dieses Recht habe, so werde dasselbe auch von Niemand bestritten. Lord Salisbury erwiderte, daß Verlangen Frankreichs, daß Niemand beim Bey Zutritt haben solle außer durch Vermittelung des französischen Ministerresidenten, gehe weiter als zu billigen sei, er müsse indeß in der Angelegenheit die Verantwortlichkeit der Regierung überlassen und behalte sich die Neußerung seiner Ansicht für später vor. Tripolis sei ein Theil des ottomanischen Reiches und stehe unter der ottomanischen Regierung.

Frankreich.

Paris, 21. Juni. Die Deputirtenkammer begann heute die Generaldebatte des Budgets und begann hierauf die Beratung der einzelnen Artikel. Ein von dem Deputirten Lengle eingebrochtes Amendement betreffend die Convertitur der 5 proc. Renten wurde mit 335 gegen 15 Stimmen abgelehnt. — Die Bureau des Senats wählten die Commission zur Bearbeitung des Gesetzentwurfs betreffend die Einstellung der Seminaristen in die active Armee. Die Mehrzahl der gewählten Mitglieder ist gegen den Gesetzentwurf. Nach Nachrichten aus Oran setzt Bouamena die Flucht nach dem Süden fort. Die Truppen haben den Befehl erhalten, von der Weiterverfolgung abzustehen.

Marseille, 21. Juni. Das Correctionsgericht hat heute drei bei den letzten Unruhen verhaftete Personen wegen Mißhandlung von Italienern zu 2 bis 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Italien.

Rom, 21. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer theilte der Minister des Auswärtigen, Mancini, in Beantwortung der von den Deputirten Bili, Nicotera und Bonis über die Marcelli-Vorläufe an die Regierung gerichteten Anfragen die eingegangenen offiziellen Berichte mit, wiewo auf die Bemühungen der Behörde und des italienischen Consuls um Herstellung der Ruhe hin und fügte sodann noch hinzu, daß der französische Minister des Auswärtigen den italienischen Botschafter vertheidige habe, daß die Beendigung der Unruhen in Marseille, wo sich 50 000 Italiener befinden, die französische Regierung in eben so hohem Maße wie die italienische Regierung interessiere. Mancini sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Gemüther zu beruhigen, sobald die öffentlichen Demonstrationen unterdrückt würden. Die Beziehungen der französischen und der italienischen Regierung zu einander seien wohlwollende und von verhältnißmäßigen Absichten geprägt; es ergebe sich daraus, daß Frankreich sich bereit erklärt habe, sofort in Verhandlungen über einen Handelsvertrag einzutreten. Er hoffe auf eine gemeinsame Coöperation Frankreichs und Italiens zur aufrichtigen Bevölkerung gegenseitigen Vertrauens. Nicotera erklärte sich durch die Antwort des Ministers nicht befriedigt, Bonis sprach die Hoffnung aus, daß die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Italien erhalten bleiben möchten. (W. T.)

Rußland.

Petersburg, 18. Juni. Der zweite große Nihilisten-Prozeß, welcher nach Angabe des "Golos" und anderer Zeitungen sich im Juli abspielen sollte, wird nicht vor dem Monate September zur Verhandlung gelangen, weil das zu bewältigende Material viel zu große Dimensionen angenommen hat, um bis zum Schluß des Monats Juli gelichtet und spruchfertig gestellt werden zu können. — Inzwischen sind dem Untersuchungsrichter seitens der gefangenen Nihilisten vielfache Aufschluß über die Thätigkeit der Einzelnen in der ganzen Serie von Attentaten gemacht worden. Es befinden sich unter den Gefangenen auch solche Nihilisten, welche in dem Bunde schon seit dem Jahre 1866 eine active Rolle spielen und welche an mehreren Attentatsversuchen und Attentaten beteiligt, trotz eifriger Forschung der Behörden nicht ermittelt werden konnten, weil ihre Spießgesellen jede Aussage oder Andeutung über ihre Thätigkeit verweigerten. Erst in den letzten Tagen hat sich Suchanoff entschlossen, in ziemlich trostlosem Tone das Bekennen abzulegen, daß Kibalschitsch wohl sein Schüler gewesen sei, aber viel mehr Schuld an dem Verbrechen des 13. März und des Eisenbahntatates auf sich genommen habe, als ihn (Kibalschitsch) tatsächlich treffe. Kibalschitsch war derjenige unter den zuletzt verurteilten Nihilisten, welcher am meisten an seinem Leben hing, dennoch schwieg er, um der Partei den fähigen und verwegenen Suchanoff zu erhalten. Auch der Palmsänger Semjonow tritt der Anschuldigung, am 13. März zum Zwecke des Bombenwerfes am Thatore zugegen gewesen zu sein, nicht mehr so "enthalten" entgegen.

* Russland scheint in aller Stille ein gethan zu haben, der am Verkehrfeind Alles überbietet, was man bisher für möglich gehalten hat. Es liegt darüber eine Notiz vor, die auf den ersten Blick sehr unscheinbar ist. Ein offizielles Lokalblatt in Riga verkündet nämlich: "Das Rigasche Comité der auswärtigen Censor bringt hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß Personen, welche auf ihren Namen angelaufene Päckchen mit Preberzeugnissen zu empfangen wünschen, sich dieserhalb schriftlich an's Comité zu wenden und ihre Eingabe mit einer Steuermarke à 60 Kop. zu versehen haben. Wünschen aber die Adressaten die Sendungen durch Andere zu empfangen, so sind die betreffenden Postmännen ebenfalls mit Stempelmarken à 60 Kop. zu versehen. Außer diesen Kosten haben die Empfänger der Sendungen selbst gar keine Kosten zu tragen." Diese Verfassung beschränkt sich aber nicht auf das Gebiet der Cenfurbehörde in Riga, sondern ist für den ganzen Umfang des russischen Reiches erlassen. Sie schreibt in schwächerer Verhüllung einen Eingangszoll auf Preberzeugnisse, auf alle durch Polygraphie erzielten Breviätsfälligkeiten vor, Geschäftsanzeigen und Familiennachrichten nicht ausgeschlossen. Diese Steuer beträgt anscheinend für jede einzelne Sendung im Minimum 60 Kopeken, das Doppelte aber über 2 1/2 M. in dem Falle, wo der Adressat nicht selbst zur Post gehen kann, sondern einen Vertreter schicken muß. Der Zoll ist zu zahlen, ehe der Adressat noch weiß, was für ihn auf der Post eingegangen ist, auf die bloße Nachricht hin, daß eine Kreuzbandsendung für ihn eingegangen. In wie hohem Grade diese Anordnung läßt auf den Verkehr im Allgemeinen und auf den buchhändlerischen Betrieb im Besonderen wirken muß, liegt auf der Hand.

Die Auswanderung der Juden aus dem Kiever Gouvernement hat in den letzten Tagen viel größere Dimensionen als bisher angenommen. Der Semtwo des Tschernichower Gouvernemente hat an die russische Regierung eine Petition des Inhalts gerichtet, daß den Juden der Ankauf von Grundstücken in dem genannten Gouvernement nicht gestattet werden möge.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Juni. Der hiesige Vertreter Frankreichs hat das Rundschreiben der Pforte betreffend die Aufhebung der im Innern der Türkei bestehenden ausländischen Postämter bearbeitet. Die Antwortnote bestreitet zunächst die von der Pforte für diese Maßregel angeführten Erwägungen hinsichtlich der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und erklärt sodann, daß der Wunsch der Pforte der französischen Regierung mitgetheilt werden würde, daß aber das Verlangen namentlich auf willkürliche Abschaffung der Postämter unannehmbar erscheine. Man erwartet, daß die übrigen Postämter in gleichem Sinne antworten werden. (W. T.)

Amerika.

Washington, 18. Juni. Präsident Garfield erklärte gestern einer Deputation von Republikanern aus Virginia, daß er entschieden gegen jedweide Partei sei, deren Grundsätze gegen öffentliche Treue und Glauben verstößen. Er sagte hinzu, daß, wenn die Republikaner der Ansicht seien, sie die Readypufferbewegung von Republikanern angelebt sei, sie derselben ihre Unterstützung nicht gewähren sollten. Der Präsident soll auch erläutert haben, daß er sich in der Vernahme von Anstellungen für Staatsämter stets durch sein eigenes Urtheil, mit Bezug auf das

Gemeinwohl, und die Fähigkeit und den Charakter der Applikanten leiten lassen werde und daß er sich keine Vorrichten machen lassen oder das Patronat irgend eines Staats einem einzigen Manne zuwenden werde. — Der Werth des Exports an Brodstoffen aus den Vereinigten Staaten, während der mit Ende Mai endenden elf Monate beträgt 244 955 370 Dollars, oder 8 921 458 Dollars weniger als in demselben Zeitraum von 1880.

Jubiläum ihres Mitmeisters, der jetzt seit einer Reihe von Jahren die Beförderungen der Alter-Berfördigungs- und Borschus-Kasse des hiesigen Innungs-Vereins verfehlt. * Heute beginnt der diesjährige emeritäre Prediger Herr Schnaase mit seiner Gattin das 50jährige Ehe-Jubiläum.

* Herr Pfarrer v. Grabow ist ebenfalls begeht in diesen Tagen sein 25jähriges Jubiläum als Pfarrer an der hiesigen St. Josef'skirche. Das Jubiläum wird am Sonntag durch einen feierlichen Gottesdienst begangen werden.

* Am Sonntag, den 26. d. M., werden in Brösen die warmen und kalten Seehäuser eröffnet. Von diesem Tage ab wird das Etablissement mit der Eisenbahnhaltestelle Brösen durch regelmäßige Journalerfahrt verbunden. (Bodenbiller ist an der Haltestelle zu haben.)

[Polizeibericht vom 23. Juni.] Verhaftet: die unverheirathete S. wegen Beamtenehe; Arbeiter F. wegen Bedrohung; Arbeiter F. wegen Grobunfugs; 1 Person wegen unbefugten Betretens der Webenfaser; 8 Döbbelose, 2 Bettler, 2 Dirnen. — Die in hilflosen Zustande brachte auf dem Wege nach Schwabtitz liegende unverheirathete Th. und der mit seiner sechsjährigen Tochter in gleichem Zustand am Jacobsthore liegenden Arbeiter G. wurden gestern Nachmittags durch polizeiliche Vermittelung nach dem Stadtlazarett befördert. — Gestohlen: dem Eigentümer B. 2 Pfandstücke; dem Korbmachermeister N. ein neuer Reisekoffer. — Gestohlen: ein Fischsack und einige Reisen in der alten Wollan, abholen Althof (Strohdeich) Nr. 10 beim Fischerplatz. —

Danzig, den 23. Juni.

* [Telegraphisches Wetter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Freitag, den 24. Juni.] Meist trockenes und heiteres Wetter mit mäßigen westlichen Winden und sinkender Temperatur. Gewitter nicht ganz ausgeschlossen.

* Wie man jetzt hört, wird bei dem diesjährigen großen Kavallerie-Manöver in den Kreisen Konitz und Tleton Prinz Friedrich Carl den Oberbefehl führen. Es werden zwei kombinierte Divisionen gebildet, jede zu sechs Kavallerie-Regimenten, über welche die Generale v. Heuduk und v. Schleinitz das Kommando führen.

* Der evangelische Gemeindekirchenrat zu Leipzg, an dessen Spitze Herr Pfarrer Gränz steht, hatte es für zweckmäßig erachtet, den Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Kucherti ohne Weiteres aus der kirchlichen Wählerliste zu streichen. Motive für diesen Besluß waren seltsamer Weise gar nicht angegeben, auch war, was vielleicht noch auffälliger ist, sein Bannbesluß dem Beteiligten erst nach etwa einem halben Jahre mitgetheilt. Zu der Angabe der Motive mußte der Kirchenrat sich allerdings auf Anordnung des Consistoriums nachträglich entschließen. Im ordentlichen Instanzenwege kam diese Angelegenheit nun am 14. d. M. vor dem Kreis-Synodal-Vorstand, dessen zeitiger Vorsitzender Herr Superintendent Poohl zu Stublau ist, zur Verhandlung. Herr Kucherti entkräftete in einer eingehenden Vertheidigung die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen, welche sich namentlich auf angebliche Dogmen der evangelischen Kirche stützen und verschiedene theologische Fragen zur Förderung brachten. Da auch die Frage: ob der Kirchenrat in städtischer und moralischer Hinsicht Beschuldigungen gegen Herrn Kucherti vorbringen könne, bestimmt mit einem Nein beantwortet werden mußte, so konnte der Kreis-Synodal-Vorstand sich nicht im Entfernen von der Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit der von dem Gemeindekirchenrat angewandten Maßregel überzeugen, und er beschloß, dieselbe ohne Weiteres zu cassieren und Herrn Kucherti in den Besitz seiner kirchlichen Wahlrechte wieder einzuschulen.

* An dem gestrigen zweiten Haupt-Verhandlungstage des Verbandes ost- und westpreußischer Vorstufen und Credit-Vereine vereinigten sich die Vertreter derselben zunächst mit den Deputirten der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu einer gemeinsamen Sitzung, die einer Diskussion über die Genossenschaftsgesetze-Novellen von Schulze-Delitzsch, v. Mirbach und Astermann gewidmet war. Nach den ausführlichen Referaten des den Anwalt Schulze-Delitzsch vertretenden Abg. Barthels und des Gerichtsrathes Betschus-Lydius sprachen der Verbandsdirektor der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Generalsekretär Stödel, den Schulze-Delitzsch auf dem letzten allgemeinen deutschen Genossenschafts-Congress zu Altona selbst als den Vertreter seiner "alten Garde" bezeichnete und mehrere andere Redner sich aufs Entschiedenste gegen die Mirbach-Astermann'schen Novellen aussprachen. Ginstimmen wurde hierbei ein Antrag angenommen, welcher erklärt, daß die Einführung beschränkter Solidarität — ein Begriff, welcher ein logisches Uding sei — in keiner Weise erwünscht, vielmehr mit allen zulässigen Mitteln zu bekämpfen sei. — Schulze-Delitzsch hat befannlich aus taktischen Gründen, um bei der jetzigen politischen Lage Schlimmeres zu verhindern, nach dieser Richtung den hier und da herrschenden Strömungen einige Concessions machen zu müssen geglaubt. Seine "alte Genossenschafts-Garde" in Ost- und Westpreußen ist dagegen strikt bei ihrem bisherigen Bute verblieben, wie der vorstehende Besluß beweist. — Die Verbände trennen sich demnächst wieder in zwei gesonderte Versammlungen. Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften hält nunmehr seinen eigenen Verbandsstag ab. Aus seinen Verhandlungen haben wir folgendes hervor: Punkt 1 bildete die Errichtung der Geschäfts- und Kassenberichte. Es wurde hierbei mitgetheilt, daß der Kaufmanns-Beklarneis vom Verband als Rektor angestellt ist, und dessen Berufung den Vereinen empfohlen. Ferner wurde beschlossen, einen Soglebischen Milch-Prüfungs-Apparat anzuschaffen und ihn an Woltersdorffs Genossenschaften zu verleihen, damit dieselben den Apparat prüfen und seine praktische Brauchbarkeit feststellen können. 2) Als Deputirter zum Allg. genossenschaftlichen Vereinstag in Kassel wurde Herr Paul Sprindt und als Stellvertreter Herr Betsch - Grünköpfchen gewählt. 3) Zu Verbands-Direktoren wurden die Herren Stödel, Insterburg und Blehn-Lichtenthal wiedergewählt. 4) Die Wahl des Dires, an welchem der nächste Verbandstag stattfinden soll, wurde ausgezogen, bis der Verband der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften denselben festgesetzt hat, damit wenn möglich beide Verbände gleichzeitig tagen können. 5) Über die Frage, wie die Molleret-Genossenschaften sich gegen Austritt von Mitgliedern schützen können, wurde verhandelt und es wurde nach eingehender Diskussion beschlossen, diese Frage für den nächsten Verbandsstag zu vertagen und bis dahin durch Rundschreiben bei den einzelnen Genossenschaften das nötige Material zu schaffen. Als Schluß wurde für jetzt empfohlen, eine Rundschlagschrift von mindestens 4% bis 5% Jahren einzuführen, ferner ein möglichst großes, untheilbares Genossenschafts-Berwegen anzusammeln, an welches nach § 39 des Genossenschaftsgesetzes auszurechnende Mitglieder keinen Anpruch haben. Mit der Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde dann die Verhandlung geschlossen. — In der gesonderten Versammlung des Vorstandvereines wurden zur Unterstützung kleinerer Vereine für die Befreiung des Verbandsstages für das nächste Jahr 750 M. aufgezogen, der Verbands-Direktor Hof-Insterburg und sein Stellvertreter, Stadtrath Geßers-Insterburg, wurden einstimmig wiedergewählt, ein Stipendium von 200 M. aus der Guttmann-Stiftung zur gewerblichen Ausbildung eines Tischlerlebels in Lydius bewilligt und als Ort für den nächsten Verbandstag, die Einladungen aus Westpreußen nicht vorlagen, vorläufig Rastenburg in Aussicht genommen, doch wird die Verfestigung einer etwa noch eingehenden Einladung aus Westpreußen vorbehalten. — Ein einfaches gemeinsames Wahl und eine Ausfahrt nach den romanischen Bergeländern sind den breiten Verhandlungstag ab. Die Landwirthe ließen diesen Veranstaltungen noch eine gemeinsame Fahrt nach Tschätzken zur Besichtigung des dortigen großen Staatsgutes folgen.

Insterburg, 22. Juni. Appelleitungsgerichtsrath v. D. Wild teierte gestern in aller Stille sein fünfzigjähriges Dienststadium, bei welcher Gelegenheit ihm der Titel "Geheimer Justizrat" verliehen wurde. (3.) Schneidemühl, 21. Juni. Der Knecht Josef Bruck aus Mroitschen, welcher am 30. März c. von dem hiesigen Schwurgericht wegen Mordes, an dem Handelsmann Butz aus Pempelfin verübt, zum Tode verurtheilt wurde, ist vom Kaiser zu lebenslanger Zuchthausstrafe begnadigt worden. — Die gerichtliche Section der Leiche des Locomotiv-führers Neumann, welcher am Morgen des 14. d. M. tot in dem Vorflur seiner Wohnung gefunden worden ist, hat ergeben, daß derselbe keines natürlichen Todes gestorben ist. An seinem Kopfe hat sich nämlich eine quadratische Verletzung, wahrscheinlich von der Fläche eines Hammerkopfes herührend, vorgefunden. Die Untersuchung ist im Gange.

(Br. 3)

Bermischtes.

Berlin, 22. Junt. Ein Stück Urwald ist, wie sich die "N. A. Big." berichten läßt, kürzlich beim Erweiterungsbau der Börse aufgefunden worden. Man ist nämlich bei Legung von Brunnens auf uralt gewachsene Bäume gestoßen, die noch mit Zweigen versehen, fest in der Wurzel sind befestigt und offenbar die Reste eines Waldes bilden, der sich in ältester Zeit hier befunden haben muss. Ein besonders starker Stamm ist ausgegraben und dem Märkischen Museum überwiesen worden.

— Gestern Nachmittag in der 6. Stunde stürzte sich in der Stalderstraße aus dem vierten Stock der Maler H., nachdem er in angetrunkenem Zustand mit seiner Frau eine heftige Scene gehabt, auf das Trottoir.

Insterburg, 22. Juni. Der ehemalige Director der "Handelsgesellschaft", Wilhelm Mayer, wurde wegen fals

Durch die Geburt eines Sohnes wurden
erfreut
Danzig, den 23. Juni 1881.
C. Reinkowski und Frau.

Statt jeder besonderen Meldung.

Die heute vollzogene Ver-
lobung unserer jüngsten Tochter
Anna mit Herrn Abraham
Enk aus Marienwerder beehren wir
uns hierdurch ergeben zu anzusehen.
Gottselig, am 21. Juni 1881.
J. Wienk und Frau.

Anna Wienk,
Abraham Enk.
Verlobte. (8893)

Heute Morgen 10 Uhr entschließt sonst
nach langem schweren Leiden mein lieber
guter Mann

Eduard Hohmann
in seinem vollendetem 71. Lebensjahr,
welches ich allen Freunden und Be-
fanten statt jeder besonderen Meldung
tief betrübt anzeigen.

Sopot, den 22. Juni 1881.

Anna Hohmann,
geb. Hildebrandt.

Heute früh 8½ Uhr entschließt sonst
nach kurzem schweren Leiden zu einem
besseren Erwachen meine innigst geliebte
theure Mutter, Frau

Caroline Concordia Thyslausky,
geb. Laab,
in ihrem 87. Lebensjahr. Dieses zeigt
in ließter Betriebsamkeit stetiger besonderer
Meldung mit der Bitte um stilles Bei-
leid ergebenst an.

Danzig, den 23. Juni 1881.

Maria Thyslausky.

Bekanntmachung.

In unser Prokura-Register ist heute
unter No. 591 die Procura des Kauf-
manns Gustav Louis Pfeiffer hier
für die Commanditgesellschaft in Firma
"Richard Meyer & Co." hier (No. 344
des Gesellschafts-Registers) eingetragen
worden.

Danzig, den 21. Juni 1881.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute
unter No. 1176 die Firma "F. Lach-
mann" in Danzig und als deren In-
haberin die Frau Anna Lachmann,
geb. Gortatowsky, hier eingetragen.

Danzig, den 18. Juni 1881.

Königliches Amtsgericht X.

Ladung.

Der 1. Franz Dombrowski au-
zelt in Neuhof aufschlamm. 2. Johann
Klein zuletzt in Neuenburg aufschlamm.
3. Carl Sanzelzow zuletzt in Neuen-
burg aufschlamm. 4. Joseph Lietewitz
zuletzt in Neuenburg aufschlamm, deren
Aufenthalt unbekannt ist und welchen
zu Last gelegt wird

ad. 1 und 2 als Erstak

referierten I. Klasse } aus-

ad. 3 und 4 als Wehr- } gemeldert

leute der Landwehr

zu sein, ohne von der bevorstehenden
Auswanderung der Militärbehörde An-
zeige erstattet zu haben. Uebertragung
gegen § 360 Nr. 3 Str.-Gef.-Buchs,
werden auf Anerkennung des Königlichen
Amtsgerichts hier selbst auf

den 8. November 1881.

Vormittags 9 Uhr,

vor das Königliche Schöffengericht zu
Neuenburg zur Hauptverhandlung ge-
laden. Auch bei unentbehrlichstem Aus-
bleiben wird zur Hauptverhandlung ge-
schritten werden.

Neuenburg, den 15. Juni 1881.

Conrad.

Gerichtsschreiber des Königlichen

Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In der am 5. Juli cr., von Vor-
mittags 10 Uhr ab, im Kleinischen
Gästehause zu Rheda Westpreußen statt-
findenden Hollization werden nach-
stehende, aus dem Entschluge des
laufenden Wirthschaftsjahres herrührende
Bremhölzer des hiesigen Reviers, und
zwar:

a. aus den Beläufen Piekelfen
und Pretschin

etwa 650 rm Eichen-Kloben,

" 1000 " Buchen-Kloben,

" 950 " Birken-Kloben,

" 100 " Aspen-Kloben,

" 4000 " Kiefern-Kloben;

b. aus den Beläufen Gnewan
und Sagorsch

etwa 550 rm Eichen-Kloben,

" 1100 " Buchen-Kloben,

" 70 " Birken-Kloben,

" 50 " Aspen-Kloben,

" 900 " Kiefern-Kloben;

c. aus dem Beläufe Lusino

etwa 150 rm Aspen-Kloben,

" 500 " Kiefern-Kloben

in größerem Posten drittweise unter
den im Termine selber bekannt zu
machen Bedingungen zum Ausgabe
gelangen.

Gnewan, den 22. Juni 1881.

Der Königl. Oberförster.

Auction.

Am 24. Juni er.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich in meinem Auctionskaf-
fetterstadt 37 im Wege der Zwangs-
vollstreitung

eine große Parthei

Tuche u. Budsksins
gegen sofortige Zahlung meistbietend
versteigern.

Pettersson,
Gerichtsdollzieher, Befestadt No. 37.

Dr. Benno Kohtz,

pract. Arzt
und Specialarzt für Frauenkrank-
heiten und Geburtshilfe.

Wollwebergasse 28.

Sprechstunden: Vormitt. 9—10 Uhr.

Nachmitt. 4—5 Uhr.

Dampfbootfahrt

von Danzig nach der Rhede und zurück.

Bei ruhiger See und günstiger Witterung wird der Dampfer „Drache“ Sonntag, den 26. Juni 1881, nach den auf der Rhede liegenden Kriegsschiffen fahren, von welchen eins, falls Erlaubnis ertheilt wird, bestiegen werden soll. Abfahrt von Danzig (Johannisthor) 12 Uhr Mittags. Rückkehr von den Kriegsschiffen um 4 Nachmittags. In Neufahrwasser wird nicht gehalten.

Billlets werden nur in bestimmter Anzahl ausgegeben und sind auch schon vorher in der Billetbude in Danzig zu haben.

Fahrpreis für Erwachsene 1.—

Kinder unter 12 Jahren 0,55

Ohne Billet darf Niemand den Dampfer besteigen.

„Weichsel“, Danziger Dampfschiffahrt & Seebad-Aktien-Gesellschaft.

Alexander Gibsone.

Dampfbootfahrt

von Neufahrwasser nach der Rhede u. zurück.

Der Dampfer „Moewe“ wird bei ruhiger See und günstiger Witterung Sonntag, den 26. Juni 1881, nach den auf der Rhede liegenden Kriegsschiffen fahren, von welchen eins, falls Erlaubnis ertheilt wird, bestiegen werden soll.

Abfahrt von Neufahrwasser (Schleuse) 1 Uhr Nachmittags,

Rückkehr von den Kriegsschiffen um 4 Uhr Nachmittags.

Billlets werden nur in bestimmter Anzahl ausgegeben und sind in der Billetbude in Neufahrwasser zu haben.

Fahrpreis für Erwachsene 1 und zurück 50 Pfennige, für Kinder unter 12 Jahren 1 und zurück 25 Pf., für die einzelne Fahrt 25 und 15 Pf.

Ohne Billet darf Niemand den Dampfer besteigen.

„Weichsel“, Danziger Dampfschiffahrt- und Seebad-Aktien-Gesellschaft.

Alexander Gibsone.

Billigste solide Capitallsansage.

5% hypothekarisch gesicherte

Partial-Obligationen der Berliner Adler-
bierbrauerei 105% rückzahlbar à 99,10.

Billardtuch

in besonders schw. rer und haltbarer Qualität
empfiehlt

F. W. Puttkammer.

Der Ausverkauf

wegen Aufgabe meines Butz- und Modewaren-Geschäfts wird fortgesetzt:

garnierte Hüte, Hauben, Bänder, Blumen,
Tüll und Spitzen

zu äußerst billigen Preisen. (8760)

Auch kann das Lager mit vollem Inventarium und Vorräthen unter
günstigen Bedingungen überlassen werden.

B. Dunayska,

No. 26 Große Wollwebergasse No. 26.

Die Färbe-Annahme

für

Heinrich Karkutsch - Königsberg

ist nur allein hier bei

(8760)

Fräulein B. Dunayska,
26 Große Wollwebergasse 26.

E. B. Cigarre

Handarbeit, 100 Stück 6,50, 10 St. 65 Pf.)

hat sich durch vorzüglich schöne Qualität und Billigkeit überall großen

Beifall erworben und bedeutenden Umfang vertrieben.

Mir ist vom betreffenden Fabrikanten in dieser Cigarre für hier und Westpreußen der Alleinverkauf übertragen und zu diesem Zweck jede Kiste mit

Firma versehen.

Ich erlaube mir nun obige Cigarre ihrer wirklich hochseinen Qualität wegen, als in dieser Preislage noch nie dargebotenes zu empfehlen, mit dem Bemerk, daß es mir gefaßt ist, bei Entnahme von 500 Stück und darüber noch eine kleine Preisermäßigung eintreten zu lassen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

R. Martens, Danzig,

Brodbänkengasse 9, Ecke Kürschnergasse und

Hundegasse 37, Ecke Melzergasse.

Holz-Talonie-
Fabrik

von

C. Steudel, Danzig,

Fleischergasse 72.

Anfertigung von Holz-

Talonien (Wetter-Rou-

leau) genannt, für nach

außen wie innen aufgehend

Fenster, mit geprägten Zint-

Lambrequins, Seitenfüll-

rungen, inn. Handhabung,

Stellung nach Art der Mar-

quisen, in jeder Farbe u. in

den verschieden. Mustern

Zeugniss.

Auf Grund der mir vorliegenden postamtlichen Bescheinigung des Kaiserlichen Postamts zu Elbing vom 20. Juni d. J. bescheinige ich hier-
durch, daß vor der im Verlage von H. L. Alexander in Danzig er-
scheinenden „Neuen Westpreußischen Zeitung“ durch das Kaiserliche Postamt zu Elbing 4231 — Bieranstalt zweihundert ein und dreißig — Exemplare
befördert resp. abgesetzt werden. (8922)

Danzig, den zwei und zwanzigsten Juni Achtzehnhundert ein und

Eduard Tesmer,

Notar.

(L. S.)

Bezugnehmend auf obiges Zeugniss ladet die unterzeichnete Verlags-
handlung zu recht zahlreicher Inseration in der vor vertriebenen „Neuen
Westpreußischen Zeitung“ ein.

Danzig, den 23. Juni 1881.

H. L. Alexander's Verlagshandlung.

Inseraten-Annahme: Heiligegeistgasse (Glockenthör No. 5).

Leipziger Postlager erbettet.

Stellensuchende jeden Berufs

placierte und empfiehlt stets das Bur-
reau „Germania“ Dresden.

Bei einem Wein- und Bier-Geschäft

ein gros kann ein thätiger mit

Mitteln versehener Käufer an in als

Assoziation unter günstigen Bedingungen ein-
treten.

Näheres auf Adressen unter 8889 in

der Expedition dieser Zeitung.

Trockener Preßtorf
ist wieder vorrätig in Hoch Kelpin
und werden Befestigungen per Postkarte
an die Administration oder im Comtoir
Hundegasse 66 erbettet. (8920)

9000 Mark